



FACT SHEET IRAN

21. September – 2. Oktober 2025

AUSBLICK

Die Entwicklungen der letzten Wochen verdeutlichen, dass die Islamische Republik Iran weiterhin unter hoher sicherheitspolitischer Dynamik steht. Die Reaktivierung der Snapback-Sanktionen und die erneuten EU-Maßnahmen verschärfen die wirtschaftlichen und diplomatischen Spannungen und halten das Atomdossier im Zentrum internationaler Aufmerksamkeit. Parallel dazu versucht Teheran durch regionale Diplomatie – etwa Larijanis Besuch im Libanon – und durch engere Anlehnung an Russland und China neue außenpolitische Spielräume zu schaffen. Im Inneren setzen sich die innenpolitischen Maßnahmen fort, während die Lage in Sistan-Belutschistan zeigt, dass ungelöste ethnische und konfessionelle Spannungen trotz punktueller Annäherung jederzeit eskalieren können. Hinzu kommt sichtbare Signale im militärischen Bereich: Raketenaufbau, Tests und gleichzeitige Absagen traditioneller Paraden spiegeln das Spannungsfeld zwischen Demonstration von Stärke und Sorge vor weiterer Eskalation mit Israel und die USA. Zusammengefasst bleibt Irans Handlungsspielraum begrenzt und von einem ständigen Balanceakt zwischen innenpolitischer Stabilität, regionaler Positionierung und internationalem Druck geprägt.

AUSSENPOLITIK

Am 27. September initiierten Großbritannien, Frankreich und Deutschland im UN-Sicherheitsrat den Snapback-Mechanismus mit dem Vorwurf, Iran habe gegen das Nuklearabkommen von 2015 verstoßen. Zwar erhielt der Antrag zur Verlängerung der UN-Sanktionen nicht die erforderliche Mehrheit, doch verhängte die Europäische Union am 29. September eigenständig erneut Sanktionen, darunter das Einfrieren iranischer Bankvermögen, ein Ölembargo sowie Exportverbote für nuklearrelevante Technologien. Iranische Offizielle verurteilten dies als „psychologische Kriegsführung“, erklärten die Maßnahmen für völkerrechtswidrig und verwiesen auf die ablehnende Haltung Russlands: Moskaus UN-Botschafter Wassili Nebensja erklärte, Russland erkenne die Rückkehr der Sanktionen nicht an – ein Signal, auf das sich Teheran ausdrücklich stützt.

Parallel dazu kündigten die USA die Aufhebung bisheriger Ausnahmeregelungen für den Hafen von

Chabahar an, wodurch vor allem indische Betreiberfirmen unter Sanktionsdruck geraten. Damit droht zugleich ein zentraler Handels- und Hilfskorridor nach Afghanistan und Zentralasien erheblich geschwächt zu werden – ein Korridor, den Iran als geopolitisch bedeutendes Projekt im regionalen Konkurrenzumfeld betrachtet. Vor diesem Hintergrund intensivierte Teheran seine regionale Diplomatie: Am selben Tag reiste der Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates, Ali Larijani, nach Beirut, wo er u. a. Parlamentspräsident Nabih Berri und Premier Nawaf Salam traf, um den iranischen Einfluss im Libanon zu sichern und Maßnahmen gegen die laufenden Bemühungen zur Entwaffnung der Hisbollah zu stärken.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Der Schlichtungsrat des Systems (*majma'e tashkhis-e maslahat-e nezam*) stimmte am 1. Oktober der Ratifizierung des CFT-Übereinkommens zur Terrorismusfinanzierung zu. Damit erfüllt Iran die letzte Bedingung für einen möglichen Ausstieg von der FATF-Blacklist. Die Financial Action Task Force (FATF) ist ein internationales Gremium zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, dessen Einstufungen entscheidenden Einfluss auf die Einbindung von Staaten in das globale Finanzsystem haben. Präsident Pezeshkian hatte bereits 2024 erklärt, die Regierung habe „keine andere Wahl, als die FATF-Frage zu lösen“.

Die Wiedereinsetzung des Sanktionsmechanismus hat die Debatten in Iran über die künftige Nuklearpolitik erheblich verschärft. 71 Abgeordnete forderten eine Überarbeitung der Verteidigungsdoktrin und unterschieden dabei zwischen der Fatwa des Obersten Revolutionsführers von 2011, die den Einsatz von Atomwaffen untersagt, und der potenziellen Herstellung solcher Waffen zu Abschreckungszwecken. Im Parlament wurde zudem öffentlich bestätigt, dass ein Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) ernsthaft geprüft werde; die entsprechenden legislativen Vorbereitungen seien weitgehend abgeschlossen. Während Ayatollah Khamenei Gespräche mit den USA als „zwecklos“ bezeichnete, betonte Präsident Pezeshkian, dass Verhandlungen grundsätzlich wiederaufgenommen werden könnten – allerdings nur



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT

UNSER HEER

unter der Bedingung einer Aufhebung der Sanktionen, was de facto den politischen Stillstand fortschreibt. Parallel nutzte das Parlament die Spannungen, um die „nuklearen Rechte“ des Landes zu unterstreichen: Abgeordneter Mohsen Zanganeh erklärte am 20. September, Iran habe erfolgreich eine der „fortschrittlichsten Raketen“ getestet und sprach explizit von einem „Interkontinentalraketen-test“.

VOLKSGRUPPEN

Am 25. September griff die sunnitische Belutsch-Miliz *Jaish al Adl* nahe Zahedan (Achsenzug Zahedan-Khash) ein Fahrzeug der Sicherheitskräfte an. Dabei wurden zwei Soldaten getötet, und der Polizeichef von Sibsuran, Oberst Ebrahim Fazilati, erlag später seinen schweren Verletzungen. Die Gruppe übernahm die Verantwortung für den Angriff. Auffällig ist, dass Jaish al Adl seit einigen Jahren ihre Operationen fast ausschließlich gegen Sicherheitskräfte richtet und Angriffe auf Zivilisten vermeidet. Seit den landesweiten Protesten von 2022 und den darauffolgenden gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitsapparaten haben Umfang und Intensität ihrer Aktivitäten deutlich zugenommen.

Die Spannungen in Sistan-Belutschistan bleiben hoch: Drei Jahre nach dem „Blutigen Freitag“ von Zahedan, bei dem rund 100 Menschen getötet wurden, versuchen sunnitische Geistliche wie Molavi Abdolhamid weiterhin, Proteste in institutionalisierte Bahnen zu lenken und größere Eskalationen zu verhindern. Am 22. September kam es in der Hauptmoschee von Zahedan zu einer bemerkenswerten Versöhnungsgeste, bei der der Provinzgouverneur gemeinsam mit Vertretern der Sicherheitskräfte um Vergebung bat. Unter Präsident Pezeshkian zeigen sich zwar erste Ansätze einer Annäherung zwischen Staat und sunnitischer Gemeinschaft, doch das tief verwurzelte Misstrauen und die ungelösten strukturellen Probleme lassen den Konflikt weiterhin offen.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Ende August und Anfang September begann Iran mit der Reparatur der durch den Israel-Iran-Krieg beschädigten Raketenproduktionsanlagen in Parchin und Shahroud – ein deutliches Signal des Bemühens, die geschwächten Kapazitäten seines Raketenprogramms wiederherzustellen. Nur wenige Wochen später, am 18. September, testete Teheran auf dem Gelände des Semnan Space Centers eine ballistische Rakete, die Staatsmedien als eine der „fortschrittlichsten Raketen“

des Landes bezeichneten. Parallel dazu intensivierten hochrangige Militärs ihre Inspektionen: Am 29. September überprüfte Brigadier General Sabahi Fard die Luftverteidigung in Dezful, während Generalstabschef Abdol Rahim Mousavi am 30. September Einheiten in Hormozgan inspizierte. Gleichzeitig sagten die Revolutionsgarden die traditionellen Militärparaden in Hamedan und Kurdistan ab – offiziell wegen „neuer Bedrohungen“. Die Absagen unterstreichen die Nervosität der iranischen Streitkräfte in einer Phase erhöhter regionaler Spannungen, in der israelische politische und militärische Entscheidungsträger mehrfach betonten, der Konflikt mit Iran sei noch nicht beendet.

ANALYSE

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass Iran in einem Spannungsfeld zwischen äußerem Druck und inneren Widersprüchen agiert. Die Reaktivierung des Snapback-Mechanismus und die EU-Sanktionen verstärken die internationale Isolation und verschärfen zugleich die Debatten über die künftige Nuklearpolitik. Die ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung militärischer Kapazitäten – von Raketen-Tests über den Wiederaufbau beschädigter Produktionsanlagen bis hin zu verstärkten Truppeninspektionen – deuten auf Belegen die Bemühungen Teherans, seine Abschreckungsfähigkeit nach dem Israel-Iran-Krieg wieder herzustellen.

Gleichzeitig legt der Snapback-Mechanismus die inneren Brüche offen: Wirtschaftliche Not und politische Auseinandersetzungen bestehen fort, werden jedoch begleitet von punktuellen Liberalisierungen – etwa bei Kleidervorschriften und der Gewährung kultureller Räume –, mit denen die gesellschaftliche Unzufriedenheit eingehegt und das System stabilisiert werden sollen. Die zentrale Herausforderung für die Führung besteht darin, Legitimität zu sichern, indem sie das fragile Gleichgewicht zwischen Kontrolle, Zugeständnissen und Selbsterhalt neu definiert. Symbolisch markiert die Entwicklung vom JCPOA, in Iran als BARJAM bekannt (assoziiert mit FARJAM – „gutes Ende“), hin zum *mekanism-e masheh* („Trigger“) den Wandel von Hoffnung zu Ernüchterung. Offizielle stellen den Snapback als illegitim dar und betonen die unterstützende Rolle Russlands und Chinas. Ob sich jedoch am Ende eine Erzählung von Widerstand, Anpassung oder Resignation durchsetzt, wird maßgeblich bestimmen, wie Iran innen- wie außenpolitisch in den kommenden Monaten agiert.

Impressum:

Medieninhaber und Hersteller: Republik Österreich, Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion und Aufbereitung: Landesverteidigungsakademie Wien/ IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien, Hessam Habibi Doroh BA MA MA, Dr. Walter Posch
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Herausgegeben im Oktober 2025
Druck: ReproZ W
Hintergrund und Quelleninformation auf Anfrage



www.facebook.com/lvak.ifk